

Arm dran – Kopf ab

Der Drogenkrieg und die diskriminierende Anwendung der Rechtsnormen machen die Armen zu Opfern

von
Rhoda Viajar

Die Autorin ist eine langjährige Aktivistin. Sie studiert zur Zeit Jura in General Santos City.

Aus dem Englischen übersetzt von Sara Dürr.

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte kam im Juni 2016 an die Macht, weil er den Menschen versprach, dass er dem Gesetz Geltung verschaffen und Drogen und Kriminalität im Land ein Ende bereiten werde. Er wurde zum Präsidenten gewählt, weil eine Mehrheit der Wähler und Wählerinnen glaubte, dass sein harter Regierungsstil aus Davao, wo er Bürgermeister war, die Lösung sei für die Probleme, welche der philippinischen Gesellschaft zu schaffen machen. Als es Duterte und seinen Anhängern gelang, das Drogenproblem zu einer Drogenkrise hochzustilisieren und sie Dutertes Vorgängern, der Regierung Aquino, anzuhängen, gelang es ihnen, einen »Drogenkrieg« loszutreten, der Polizisten die Erlaubnis gab, verdächtige Drogenkonsumenten und -händler zu töten. Dies erzeugte in der Folge eine Reihe von Tötungen, die auch von Bürgerwehren, von verummten Männern auf Motorrädern, ausgeführt wurden.

Die Philippine National Police berichtet, dass seit dem Beginn des Drogenkrieges am 1. Juli 2016 bis zum 31. Januar 2017 7.080 Menschen in außergerichtlichen Tötungen ums Leben kamen. An diesen waren entweder Polizeibeamte oder unbekannte Bürgerwehren beteiligt. 2.555 dieser Menschen wurden in Polizeiaktionen getötet. Es wird vermutet, dass die Zahl der Todesopfer weiter ansteigt, da die Duterte-Regierung ihren Drogenkrieg entschlossen weiterverfolgt – ein Krieg, dem bis dahin nur arme, mutmaßliche Drogenabhängige und -händler zum Opfer fielen sowie viele Unbeteiligte und Kinder.

Duterte, dessen Führungsstil die Angstmache ist, hat Bürger und Bürgerinnen ständig dazu ermahnt, das Gesetz zu befolgen. Ansonsten würden sie die Konsequenzen der Verbrechen dulden müssen. Er hat den Rechtsstaat erfolgreich in Beschlag genommen. Er bestimmt praktisch die Vollstreckung und die Interpretation der Rechtsordnung. Gleichzeitig hat er ein fundamentales und von der Verfassung garantiertes rechtliches Prinzip komplett ignoriert: ordentliche Gerichtsverfahren bzw. das Recht der mutmaßlichen Täter auf eine faire Anhörung vor einem unabhängigen Gericht.

Diese Missachtung der ordentlichen Gerichtsverfahren hat die Verstöße gegen die Grundrechte der Machtlosen verschlimmert, denn die jetzige Regierung hat mehr denn je gezeigt, dass das Gesetz nur den privilegierten Wenigen dient. Es gibt viele Tötungen von Verdächtigen in Slums, im Gegensatz dazu sind bislang so gut wie keine verdächtige Drogen-

bosse verhaftet oder gar getötet worden. Peter Lim zum Beispiel, den kleine Fische im Drogenbusiness als einen der Drogenbosse identifiziert haben, wurde sogar von Duterte im Präsidentenpalast empfangen.

Das schwache Rechtssystem löst sich auf

Das Strafrechtssystem in den Philippinen war bereits vor Dutertes Präsidentschaft institutionell schwach. Die Mühlen der Gerechtigkeit mahlen nur ganz langsam, so dass es Jahre, zuweilen sogar Jahrzehnte dauert, bis Rechtsfälle gelöst werden. Mausehelei und Korruption prägen das Rechtssystem. Richter und Justizbeamte neigen dazu, Bestechungsgelder anzunehmen und Parlamentsabgeordnete betreiben einen Kuhhandel, um ihre persönlichen und politischen Interessen zu schützen. Arme und gesellschaftlich Benachteiligte haben nur eingeschränkt Zugang zu Gerechtigkeit, denn die staatliche rechtliche Unterstützung ist minimal. Viele der mittellosen Angeklagten können sich kompetente, private Anwälte nicht leisten. Meistens werden sie verurteilt, ohne dass sie die Möglichkeit zu einer guten Verteidigung und Rechtsbeistand gehabt haben. Zudem verwandelt sie das Gefängnisystem mit seiner Bandenkultur, mit Beamten, die sie misshandeln, und wegen der heruntergekommenen Zuständen dort in abgestumpfte Sträflinge, statt dass sie rehabilitiert und aus ihnen produktive Mitglieder der Gesellschaft werden, nachdem sie ihre Strafe abgesessen haben.

Dass der Krieg gegen Drogen vom Präsidenten mit einer immensen Dringlichkeit versehen wurde, hat das Rechtssystem zusätzlich geschwächt. Dies hat die Straflosigkeit der außergerichtlichen Tötungen und das Fehlen von Rechenschaftspflicht seitens Polizisten, die sich über das Recht hinwegsetzen, verschlimmert. Polizeibeamte werden vor rechtlichen und administrativen Strafen bewahrt, da kein Geringerer als Duterte sie mit Samthandschuhen anfasst – der Zusicherung treu bleibend, dass die Polizisten im Drogenkrieg auf seine Unterstützung zählen können. Da überrascht es nicht, dass Duterte es misshandelnden und inkompetenten Gesetzeshütern ermöglicht, ungestraft davon zu kommen.

In den vergangenen Monaten haben Polizisten auch Geld von Reichen erpresst, indem sie diese als Drogenkriminelle etikettiert haben (*Tokhang for Ransom*). Publik wurde dies, nachdem die Entführung und Ermordung des südkoreanischen Geschäfts-

manns Jee Ick-joo durch Polizeibeamte aufgedeckt wurde und das nationale sowie internationale Aufmerksamkeit erlangte. *Tokhang for Ransom* ist der Aktion *Oplan Tokhang* nachgeahmt, das Codewort für die angeblich legitime Polizeiaktion in dem von der Regierung geführten Krieg gegen Drogen.

Menschenrechte werden verspottet

In den ersten Monaten von Duterte's Präsidentschaft haben es seine Unterstützer und Werber geschafft, Menschenrechtskonzepte und den Rechtsstaat zu verspotten und lächerlich zu machen, indem sie auf Menschenrechtsgruppen abzielten.

Carlo de Leon hat auf seinem Blog den kritischen Artikel »Human Rights for Hire« (www.getrealphilippines.com/blog/2016/09/human-rights-hire) verfasst, in welchem er Gegner von Duterte als bezahlte Schreiberlinge kritisiert. Darin bezeichnet er »Medien, die Vereinten Nationen, die UNO-Menschenrechtskommission, religiöse Gruppen, Kirchenführer und Anti-Duterte-Unterstützer (oder einfach die schlechten Verlierer der Wahl vom Mai 2016)« als »Menschenrechtler, die sich anheuern lassen«.

»Der Ruf, die Menschenrechte zu respektieren«, so de Leon, »wird in den Philippinen benutzt, um den Krieg des Präsidenten gegen Drogen und Kriminalität zu erschweren. Duterte-Kritiker beschuldigen ihn, Todesschwadronen straflos loszuschicken. Einige fragen sich, wo die Höflichkeit geblieben ist, wann der Wahnsinn aufhören wird und warum die meisten Filipinos sich lustvoll über Neuigkeiten zu Tötungen im Drogenkrieg freuen.« »Vielleicht«, so de Leon weiter, »weil dies ein letzter Schlag gegen die traditionellen, korrupten Politiker ist, deren Job es eigentlich war (und ist), soziale Probleme zu adressieren, die aber stattdessen in der Vergangenheit von ihnen profitiert haben. Die meisten Filipinos sehen den Drogenkrieg als die letzte Möglichkeit, Drogenhandel, Drogenabhängigkeit und alle möglichen Arten abscheulicher Kriminalität zu beenden und deren enge Verbindung zu korrupten Politikern, Regierungsbeamten, Polizisten, Militärs und Richtern aufzulösen«, schreibt de Leon.

Ansichten wie diese unterstützen den aggressiven Krieg gegen Drogen, den die Allgemeinheit nahezu stumm akzeptiert. Erst vor kurzem, als die Todesstatistiken nicht mehr länger ignoriert werden konnten und sogar Verwandte von Duterte-Anhängern außergerichtlichen Tötungen zum Opfer fielen, begannen mehr Menschen ihre Stimme zu erheben.

Duterte und seine Maschinerie haben es geschafft, die Öffentlichkeit glauben zu lassen, dass Menschenrechte bloß Hindernisse seien, wenn es darum geht, für Frieden und Ordnung zu sorgen. Es ist schon öfters vorgekommen, dass Duterte Men-

schenrechte komplett ignoriert und sie als »ewige Anti-These der Regierung« bezeichnet hat. (ABS-CBN.com, 30.9.2016)

Als er im Oktober 2016 über den Krieg gegen Drogen sprach, sagte Duterte: »Was die Menschenrechtstypen sagen, interessiert mich nicht. Meine Pflicht ist es, die jetzige Generation zu erhalten. Ich gebe einen Scheiß darauf, was die Menschenrechte betrifft. Ich muss ihnen [den Drogenabhängigen und -händlern – die Red.] Angst einjagen, weil die Gegner des Staates gerade dabei sind, unsere Kinder zu zerstören.«

Er ging sogar so weit und drohte damit, Menschenrechtsaktivisten zu töten, falls sie seinen Krieg gegen Drogen behindern sollten. »Die Menschenrechtsverteidiger sagen, dass ich töte. Wenn ich aufhöre, werden die Drogenkonsumenten sich vermehren«, sagte Duterte. »Wenn die Ernte eingefahren wird, wird es mehr von jenen geben, die sterben. Ich werde euch [die Menschenrechtsaktivist/innen – die Red.] mit einbeziehen, weil ihr dafür sorgt, dass die Drogenkonsumenten sich vermehren.« (Dailymail.co.uk, 1.12.2016)

Auf gewisse Weise beweist die breite Unterstützung, auf die der mit außergerichtlichen Tötungen geführte Drogenkrieg in der Bevölkerung stößt, dass in den vergangenen Jahrzehnten nur kleine Fortschritte in den Menschenrechten und bei der Menschenrechtsbildung gemacht wurden. Es scheint so, dass heute nur wenige Menschen in den Philippi-

Krieg ist Frieden. Der oberste Polizeichef der Philippinen erhält einen Friedenspreis. Manila 2017
Foto:
Niklas Reese



nen ein tiefes Menschenrechtsverständnis haben, nämlich bloß hochgebildete Kreise und Gemeinden, in denen progressive Gruppen Bildungsarbeit in punkto Menschenrechten angeboten haben. Die Allgemeinheit aber schenkt den Menschenrechten und dem Wissen über sie keine große Beachtung, gerade wenn es die Rechte derjenigen betrifft, die als Abschaum der Gesellschaft gelten. Die Rechte von Verdächtigen und die Unschuldsvermutung geraten ins Hintertreffen, wenn Blitzjustiz und die Lösung der Kriminalität in Aussicht gestellt werden.

Vielleicht sind es Unwissenheit oder oberflächliches Verständnis der Menschenrechte, die es den Duterte-Unterstützern erlauben, sich so einfach über die Konzepte und Prinzipien der Menschenrechte lustig zu machen. Die Propaganda hat es geschafft, es so aussehen zu lassen, als ob Menschenrechte bloß Unruhestifter, Dissidenten, Aufständische und Kriminelle beschützen würden. So werden die Menschenrechte der verdächtigen Kriminellen, insbesondere deren Recht auf einen ordentlichen Prozess, als bloße Hindernisse im Kampf gegen Drogen betrachtet. Die Rechte der verdächtigen Kriminellen werden gegen die Rechte der Opfer abgewogen, obwohl es eigentlich gar keinen Konflikt zwischen diesen beiden gibt, denn Menschenrechte gelten für alle. Aber Drogenabhängige und -händler gelten dann als Abschaum der Gesellschaft, die den Tod verdienen. Der Regierung Duterte ist es gelungen, diese Drogenabhängigen und -händler als unverbesserliche und der Rehabilitation unwürdige Wesen zu zeichnen.

Gerechtigkeit ist Tod

Diese Akzeptanz von Tod als Bestrafung eines kriminellen Vergehens soll bald auch im Gesetz verankert werden. Ein Gesetzesentwurf, der dem Kongress vorliegt, sieht die Wiedereinführung der Todesstrafe vor. Es ist paradox, dass die Abgeordneten in der Todesstrafe eine Lösung für Kriminalität sehen, obwohl sie das Strafrechtssystem als mangelhaft bezeichnen. Viele Anwälte haben darauf hingewiesen, dass die Todesstrafe Menschen nicht davon abhält, Verbrechen zu begehen und dass nur ein funktionierendes Strafrechtssystem potentielle Verbrecher/innen davon abhalten kann, kriminell zu werden. Sie argumentieren, dass Kriminelle trotz Todesstrafe weiter Verbrechen begehen, weil sie wissen, dass sie ungeschoren davonkommen können. Jedoch stoßen diese Argumente bei den Gesetzgebern auf taube Ohren, die sich bei der Lösung von Ordnungs- und Sicherheitsproblemen Rachegelüste und einen barbarischen Gerechtigkeitsbegriff zunutze machen.

Abgesehen davon, dass die Todesstrafe ein Verstoß gegen das Recht auf Leben und gegen das Recht auf Schutz vor grausamer und entwürdigender



der Bestrafung ist, werden ihr zudem hauptsächlich die Armen zum Opfer fallen, da sie es sind, die keinen Zugang zu kompetenter Rechtsberatung haben und sie daher am ehesten zum Tode verurteilt werden. Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Parlamentarier/innen wieder einmal gezeigt haben, dass sie das Gesetz zu ihren eigenen Interessen manipulieren können. Im vorgeschlagenen Gesetzesentwurf, der das Wiedereinführen der Todesstrafe vorsieht, wurde die Straftat der Plünderung (massive Korruption) von der Liste der verabscheuungswürdigen Verbrechen, welche die Todesstrafe verdienen, gestrichen.

Dies veranschaulicht den Zustand der rechtlichen Gerechtigkeit in den Philippinen: Ein armer Bauer, für den Besitz von Marihuana verhaftet, könnte mit der Todesstrafe bestraft werden, wohingegen ein reicher Politiker, der die Steuerzahler um 50 Millionen Pesos beraubt hat, sogar der polizeilichen Verfolgung entkommen könnte. Aber wenn man bedenkt, dass arme, unschuldige Kinder in dem von der Polizei geführten Drogenkrieg getötet wurden und dass Drogenbarone unversehrt bleiben, liegt die Annahme nahe, dass diese diskriminierende Anwendung des Gesetzes vielleicht bloß konsistent mit den ungleichen Machtverhältnissen zwischen Gesellschaftsschichten in den Philippinen ist. Zweifellos hat Dutertes Drogenkrieg jeden Fortschritt, der im Menschenrechtsbereich, im Rechtsstaat und in der sozialen Gerechtigkeit bisher gemacht wurde, zerstört. Und es sind die Armen, die den Preis dafür bezahlen.

Rehabilitieren oder Ausradieren. Die Regierung Duterte gibt Letzteren den Vorzug. Schlagzeile des Philippine Daily Inquirer vom 6. Oktober 2016